



Die Kommission steht

Das Projekt „Steuergesetzbuch“ wird konkret, personell wie inhaltlich. Der Startschuß für die Arbeit der Kommission fand am 29. September im Rahmen einer ganztägigen Klausur in Berlin statt. Erstmals trafen die Mitglieder der im Juli konstituierten Lenkungsgruppe und des Politischen Beirats mit allen anderen Beratern bzw. Mitgliedern der Kommission zusammen. Der konzentrierte Ablauf und der Inhalt der Vorträge und Diskussionen belegten, in welchem Maß auf herausragenden Sachverstand und wertvolle Vorarbeiten zurückgegriffen werden kann.

Politiker aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und namhafte Experten aus Wissenschaft, Rechtsprechung, Verwaltung, Unternehmen und Beratung sind bereit, sich in der Kommission „Steuergesetzbuch“ unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft für die umfassende Neuordnung des deutschen

Steuersystems zu engagieren. Unter ihnen befinden sich führende Ökonomen wie Juristen, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker, leitende Repräsentanten von großen und kleineren Unternehmen, von Kapital- wie Personengesellschaften, profilierte Richter des Bundesfinanzhofs, ausgewiesene Verwaltungsfachleute aus Bund, Ländern und Kommunen, schließlich versierte Kenner des Steuerrechts aus ihrer beruflichen Beratungspraxis heraus.

Die Mitglieder der Kommission haben sich jeweils für einen inhaltlichen Schwerpunkt entschieden und sind den drei nun parallel tätigen Arbeitsgruppen „Einkommensteuer und Abgabenordnung“ (Vorsitz Prof. Dr. Joachim Lang), „Unternehmensbesteuerung“ (Vorsitz Prof. Dr. Norbert Herzig) und „Kommunal Finanzen“ (Vorsitz Prof. Dr. Manfred Mössner) zugeordnet. Dort werden seit Ende Oktober die inhaltlichen Vorstellun-

| Blickwinkel | |
|----------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------|
| Durchblick (S. 2, 3) | Schwerpunkte unserer Arbeit: Weiteres zum Steuerprojekt |
| Augenblick (S. 4) | Aktuelle Anmerkungen: Prof. Fuest, Kronberger Kreis, zum EU-Steuerwettbewerb |
| Rückblick (S. 5, 6) | Tagungen und Expertengespräche: Kongreß „Staatsverschuldung: Medikament oder Droge?“ |
| Überblick (S. 7) | Konzepte und Analysen: Aktuelle Publikationen zur Föderalismusreform |
| Ausblick (S. 8) | Projekte in Vorbereitung: Neue Studie des Kronberger Kreises zur Pflegeversicherung |
| Seitenblick (S. 2–8) | Im Spiegel der Presse Ausgewählte Medienresonanzen |

gen präzisiert und im kommenden Winter und Frühjahr in erste Vorentwürfe späterer Gesetzestexte gefaßt, die ihrerseits Ende 2005 vorliegen sollen. Die Arbeitsgruppe „Unternehmensbesteuerung“ hat wegen der Fülle des Diskussions- und Reformbedarfs mehrere Unterarbeitsgruppen gebildet: „Abstimmung Einkommensteuer/Körperschaftsteuer“ (Prof. Dr. Johanna Hey), „Internationales Steuerrecht“ (Prof. Dr. Franz Wassermeyer), „Gewinnermittlung“ (Prof. Dr. Norbert Herzig), „Gruppenbesteuerung“ (Prof. Herzig, Prof. Dr. Norbert Rödder) sowie „Umstrukturierungen“ (Prof. Rödder).

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine
ALLE TAGE FÜR DIE WIRTSCHAFT

Kommission „Steuergesetzbuch“

In einem Artikel und Kommentar äußerte sich Dr. Manfred Schäfers: Die Kommission wolle bis Ende 2006 ein Steuergesetzbuch erarbeiten. Leitgedanke sei, „die notwendige Reform des Steuerrechts aus dem lenkungs- und verteilungspolitischen Umfeld herauszunehmen“ (10. September 2004).

DER TAGESSPIEGEL

Für eine radikale Steuerreform

Antje Sirleschtov schrieb über die Forderung des wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums nach einer radikalen Steuerreform. Der Druck wachse um so mehr, als auch die Stiftung Marktwirtschaft eine parteiübergreifende Initiative für eine Reform des deutschen Steuerrechts gestartet habe (28. Juli 2004).



Interview zum Steuerprojekt

Im Live-Interview mit Monika Weiß berichtete Dr. Eilfort über das Steuerprojekt. Zentraler Punkt sei die Vereinfachung. Maßgabe sei es, „das Richtige für alle und nicht mehr nur das Beste für einige zu tun“ (27. Juli 2004).

STUTTGARTER
ZEITUNG

Wirtschaftskompetente Politiker?

Roland Pichler beklagte in seinem Hintergrundartikel das Verschwinden wirtschaftlichen Sachverstands und ökonomischer Prinzipien in der Politik. Darin zitierte er auch den Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Dr. Eilfort, mit einer abweichenden Einschätzung: Um die wirtschaftspolitische Kompetenz sei es in den Parteien nicht so schlecht bestellt. Woran es vielmehr mangle, sei die Durchsetzungsfähigkeit der Wirtschaftspolitiker in den eigenen Reihen. In den Wahlkämpfen spielten deren Konzepte keine Rolle (21. Oktober 2004).



Quelle: LUFF/CCC

Neuer Schub für eine umfassende Steuerreform!

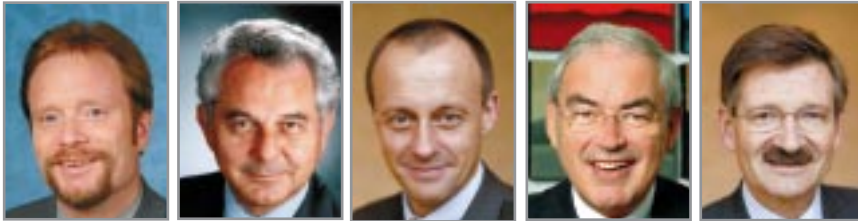
Die Kommission „Steuergesetzbuch“ will der nach den Vorschlägen u.a. von Prof. Kirchhof, Friedrich Merz MdB und Dr. Hermann Otto Solms MdB 2003 reggeführten und 2004 leider versandeten Diskussion über die Notwendigkeit einer Neukonzeption unseres Steuersystems neuen Auftrieb geben. Dies ist ein wichtiger Zwischenschritt, der andere besteht im nächsten Jahr in der Erarbeitung eines in der Sache überzeugenden und in sich schlüssigen Gesamtkonzepts für eine umfassende Steuerreform. Nur wenn beides erreicht wird,

besteht die Aussicht, daß es am Ende zu den für unser Land mehr als notwendigen Veränderungen in der Steuerpolitik kommt. Die überfällige große Steuerreform bedarf eines neuen Schubes!

Einigheit bestand im Expertenkreis darin, daß in dem Projekt, in seiner Anlage und überparteilichen, unabhängigen Ausrichtung eine besondere, vielleicht sogar einzigartige Chance liegt — (noch) nicht mehr, aber auch nicht weniger! Diese Chance jenseits parteipolitischer oder korporatistischer Reflexe,



Erste Sitzung: Die gesamte Kommission „Steuergesetzbuch“ traf sich Ende September in Berlin.



Die Mitglieder des Politischen Beirats: Dr. Manfred Busch, Stadtkämmerer von Wesel (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Kurt Falthäuser MdL, Staatsminister für Finanzen des Freistaats Bayern (CSU), Friedrich Merz MdB, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (CDU), Gernot Mittler MdL, Finanzminister von Rheinland-Pfalz (SPD) sowie Dr. Hermann Otto Solms MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages (FDP).

jenseits tagespolitischer Aufregungen oder kurzsichtiger Inszenierungserfordernisse gilt es nun, entschlossen zu nutzen.

Die bereits begonnene parallele Tätigkeit der gleichrangigen Arbeitsgruppen „Einkommensteuer und Abgabenordnung“, „Unternehmensbesteuerung“ und „Kommunal Finanzen“ signalisiert dabei

auch: Nur das eine zu tun und das andere zu lassen, ergäbe keinen Sinn. Erst das umfassende Herangehen an

diese drei prioritären Bereiche des Steuersystems und die sorgsame Beachtung vor allem der Schnittstellen zwischen ihnen kann einen stimmigen Wurf ermöglichen. Darauf wiesen sowohl der Vorsitzende der Kommission, Prof. Dr. Lang, wie Minister Mittler mit dem Hinweis auf das notwendige Erreichen der Akzeptanz der Bürger nachdrücklich hin.

Im Dezember wird ein Projektkonzept mit den Grundlagen und inhaltlichen Zielen der Kommissionsarbeit öffentlich vorgestellt und auch den Leserinnen und Lesern des „Blickpunkts Marktwirtschaft“ zugänglich gemacht (www.neues-steuergesetzbuch.de). Dazu werden detailliertere Informationen auch zur personellen Zusammensetzung der Kommission gehören.



Die Mitglieder der Lenkungsgruppe

Prof. Dr. Johann Eekhoff (Universität zu Köln, Wirtschaftspolitisches Seminar),

Prof. Dr. Clemens Fuest (Universität zu Köln, Institut für Finanzwissenschaften),

Prof. Dr. Norbert Herzig (Universität zu Köln, Seminar für allg. Betriebswirtschaftslehre),

Prof. Dr. Johanna Hey (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Juristische Fakultät),

Prof. Dr. Joachim Lang (Universität zu Köln, Institut für Steuerrecht),

Prof. Dr. Manfred Mössner (Universität Osnabrück, Institut für Finanzen und Steuerrecht),

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Finanzwissenschaft),

Prof. Dr. Thomas Rödder (Universität zu Köln, Rechtsanwälte und Steuerberater Flick Gocke Schaumburg),

Prof. Dr. Roman Seer (Ruhr-Universität Bochum, Juristische Fakultät),

Prof. Dr. Franz Wassermeyer (Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof, München).



Leiten die Kommission: Prof. Dr. Joachim Lang (Vorsitzender) und Prof. Dr. Johann Eekhoff (Co-Vorsitzender).

Seitenblick

Handelsblatt

Professoren wollen vereinfachen
Donata Riedel über die „Kommission Steuergesetzbuch“: „Eine Gruppe von Professoren will bis Ende 2005 ein Konzept zur Neuordnung der Unternehmensbesteuerung, der Einkommensteuer und der Gemeindefinanzen vorlegen.“ Nach dem Scheitern der Steuersenkungskonzepte stünden dabei praktikable und bezahlbare Vorschläge zur Vereinfachung des Steuerrechts im Vordergrund, so Riedel: „Auf ihrer Gründungssitzung verständigten sich Professoren und Beirat darauf, daß Körperschaftsteuer und Einkommensteuer weiterhin als ‚duales System‘ nebeneinander existieren sollen: Die Körperschaftsteuer stehe international im Wettbewerb, die Einkommensteuer hingegen nicht.“ Ebenfalls habe sich die Arbeitsgruppe darauf verständigt, die „Gewerbsteuer zur Disposition zu stellen“ (1. Oktober 2004).

Börsen-Zeitung

Gespräch mit Michael Meister
Im Gespräch mit Angela Wefers, Leiterin der Berliner Redaktion, berichtete der designierte CDU/CSU-Vizefraktionschef im Bundestag, Michael Meister, über seine Pläne. Dabei wies er auch auf die unabhängige Kommission „Steuergesetzbuch“ hin, welche ein umfassendes Steuerkonzept erarbeite (20. Oktober 2004).



Konzept wird umgesetzt

Christian Plöger führte ein Interview mit Dr. Hermann Otto Solms (FDP) über seine Arbeit als Mitglied des politischen Beirats der Kommission Steuergesetzbuch: „Der entscheidende Unterschied ist, daß nicht nur renommierte Professoren mitarbeiten, sondern je ein Steuerexperte der im Bundestag vertretenen Fraktionen. Das steigert die Chancen, daß dieses Steuergesetzbuch auch umgesetzt wird“ (September-Ausgabe 2004).

EU-Steuerwettbewerb ist eine Chance!

Die zum 1. April dieses Jahres vollzogene Osterweiterung der EU sollte eigentlich Anlaß zu ungeteilter Freude sein. Denn immerhin besiegelt sie das Ende der Teilung Europas in Ost und West. Die zweifellos vorhandene Freude wird jedoch von einem Streit über die Finanzpolitik der Beitrittsländer überschattet. Die Regierungen einiger alter EU-Staaten – allen voran Deutschland – werfen den Beitrittsländern vor, im Bereich der Unternehmenssteuern eine „unfaire“ und für Europa insgesamt schädliche Politik zu verfolgen.

Viele der neuen Mitgliedstaaten haben bereits vor ihrem EU-Beitritt die Unternehmenssteuern deutlich gesenkt und wollen diese Politik in den nächsten Jahren fortsetzen. Besonders spektakulär ist der Fall Estlands. Dort werden einbehaltene Gewinne nicht besteuert. Der Fiskus greift erst dann zu, wenn Dividenden ausgeschüttet werden. Andere Länder Osteuropas gehen weniger weit, dennoch liegt die tarifliche Belastung von Unternehmensgewinnen in der Regel zwischen 10 und 25 % und damit deutlich niedriger als in Deutschland, mit einer Belastung von knapp 40 %.

Mit ihrer Politik niedriger Unternehmenssteuern verfolgen die Beitrittsländer vor allem das Ziel, ausländische Direktinvestitionen anzulocken. Das war in den letzten Jahren durchaus erfolgreich. Viele Unternehmen aus den etablierten Industrieländern haben in Osteuropa Produktionsstätten errichtet oder vorhandene Unternehmen übernommen und modernisiert.

Angesichts dieser Standortoffensive Osteuropas fürchten viele deutsche Politiker um heimische Investitionen und Arbeitsplätze. Daher fordern sie die Einführung von Mindeststeuersätzen. Einige gehen sogar so weit, vorzuschlagen, den Beitrittsländern Hilfen im Rahmen der EU-Regionalpolitik zu versagen, wenn sie ihre Unternehmenssteuern nicht erhöhen. Die Osteuropäer sollen also milde Gaben aus dem Westen entgegennehmen dürfen, aber bitte nicht aus eigener Kraft einen Wirtschaftsaufschwung herbeiführen, schon gar nicht,

wenn sie damit den Industriestandorten in der alten EU Konkurrenz machen. Die Beitrittsländer selbst wehren sich gegen diese Angriffe und finden Unterstützung bei der Europäischen Kommission, die sicherlich nicht im Ruf steht, Vorschläge für Politikkoordination grundlos vereiteln zu wollen.

In der Tat ist die Initiative für Mindeststeuersätze in Europa kontraproduktiv. Der Vorwurf, die Politik der neuen Mitgliedstaaten sei unfair, ist schon deshalb haltlos, weil es in der EU Regeln über die Unterscheidung zwischen „fairer“ und „unfairer“ Steuerwettbewerb gibt, die hier nicht greifen. Als unfair werden steuerliche Arrangements klassifiziert, die z.B. zwischen inländischen und ausländischen Investoren diskriminieren oder speziell dafür konstruiert sind, Unternehmen aus anderen Ländern die Umgehung von Steuern zu ermöglichen. Das Senken der allgemeinen Steuerbelastung für Unternehmen gehört aber nicht zu den als unfair klassifizierten Praktiken.

Ähnlich schlecht fundiert ist ein anderes Argument, das gegen den Steuerwettbewerb vorgebracht wird: Es behauptet, daß dieser Wettbewerb zu einer Erosion der Staatseinnahmen führe, an dessen Ende staatliche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden könnten. Dabei wird leicht



Herzlich willkommen! Die Stiftung Marktwirtschaft begrüßt Prof. Dr. Clemens Fuest als neues Mitglied des Kronberger Kreises.

übersehen, daß die Attraktivität eines Standortes nicht nur durch Steuern, sondern auch durch die angebotenen öffentlichen Leistungen beeinflusst wird. Ein Land, in dem die öffentliche Infrastruktur verfällt, ist auch für Unternehmen wenig attraktiv. Das heißt allerdings nicht, daß jede Art von Staatsausgaben durch Unternehmenssteuern finanziert werden kann. Der Steuerwettbewerb erzwingt deshalb aber noch lange keinen allgemeinen Steuersenkungswettbewerb, sondern eine Umstrukturierung des Steuersystems in Richtung einer vermehrten Besteuerung des Konsums, vor allem durch höhere Umsatzsteuern. Das ist auch in den osteuropäischen Beitrittsländern beobachtbar. Dort liegen die Mehrwertsteuersätze mit bis zu 25 % deutlich über dem deutschen Niveau. So bleiben staatliche Leistungen auch im Steuerwettbewerb finanzierbar.

Die Einführung von Mindeststeuersätzen bei den Unternehmenssteuern würde die Länder Osteuropas zwingen, die Schwächen der Steuersysteme Deutschlands und anderer alter EU-Länder – vor allem eine zu hohe steuerliche Belastung von Investitionen – zu übernehmen. Das würde die EU im globalen Standortwettbewerb zurückwerfen. Hinzu käme eine Verzögerung des wirtschaftlichen Aufholprozesses in Osteuropa. Eine solche Entwicklung liegt weder im deutschen noch im gesamteuropäischen Interesse.

Prof. Dr. Clemens Fuest (36) ist neues Mitglied des Kronberger Kreises.

Werdegang Clemens Fuest

1968 Geburt in Münster

1987 - 1989: Studium der Wirtschaftswissenschaften in Bochum

1989 - 1991: Studium der Volkswirtschaftslehre in Mannheim

1991 - 1994: Promotionsstudium an der Universität zu Köln

2000: Habilitation, *venia legendi* in Volkswirtschaftslehre, Universität München

Seit 2001: Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität zu Köln (C 4)

Seit 2003: Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums

Seit 2004: Mitglied im Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft

Forschungsschwerpunkte:

Wirtschafts- und Finanzpolitik, Internationale Besteuerung, Steuerpolitik und Unternehmensfinanzierung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Kommunalfinanzen.



Staatsverschuldung: Medikament oder Droge?

Wie läßt sich die Überschuldung der öffentlichen Haushalte verhindern? Diese Frage stand im Fokus der Veranstaltung „Staatsverschuldung: Medikament oder Droge“. Namhafte Experten wie Christine Scheel, Vorsitzende des Finanzausschusses im Bundestag (Bündnis 90/Die Grünen), Friedrich Merz, MdB (CDU), Dr. habil. Gustav A. Horn (DIW) und Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann (Kronberger Kreis) versuchten Antworten zu geben.

Einigkeit bestand, daß der Trend zu immer mehr Schulden dringend durchbrochen werden müsse. „Wir leben seit Jahrzehnten über unsere Verhältnisse“, so Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner Begrüßung. Kontrovers waren hingegen die Meinungen, wie Deutschland vom „süßen Gift“ der Staatsverschuldung entwöhnt werden könne. Christine Scheel verteidigte die Haushaltspolitik der Bundesregierung: „Angesichts der wirtschaftlichen Stagnation ist die derzeit



Verschuldung als riesiges Problem: Prof. Neumann, Kronberger Kreis.



Verteidigte die Bundesregierung: Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen).

hohe Neuverschuldung unvermeidlich.“ Dem widersprach Friedrich Merz, der einen harten Sparkurs, auch durch strenge rechtliche Rahmenbedingungen, forderte. U.a. müsse die verfassungsrechtliche Kreditobergrenze in Art. 115 GG verschärft werden. Zudem sei eine wachstumsorientierte Politik notwendig.

Dr. habil. Gustav Horn urteilte, jährliche Defizitziele seien der falsche Weg, um solide Staatsfinanzen zu erreichen. Statt dessen plädierte er dafür, daß die Regierungen einen mittelfristigen Ausgabenpfad festlegen und unabhängig von der Konjunktur durchhalten sollten. Prof. Neumann kritisierte die wachsende Verschuldung vehement und forderte, der europäische Stabilitätspakt müsse konsequenter umgesetzt werden. Er sprach sich für eine Stärkung der Kommission aus: Diese solle alle Entscheidungen des Defizitverfahrens eigenständig treffen und der Europäische Rat lediglich ihre Beschlüsse aufheben dürfen.

Seitenblick

WirtschaftsWoche

Merkel will CDU auf Marktwirtschaft trimmen

Peter Leo Gräf und Dieter Schnaas, Redakteure der WirtschaftsWoche, berichteten anlässlich des Leitetrags für den CDU-Parteitag Anfang Dezember über Angela Merkels wirtschaftspolitischen Kurs. Darin zitierten sie Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, mit den Worten: „Angesichts der Beharrungskräfte in der Union ist der Leitetrags ein mutiger Schritt“ (7. Oktober 2004).

Kölner Stadt-Anzeiger

Möglichkeiten begrenzen

Der Kölner Stadt-Anzeiger berichtete im Politikteil über das Thema „Neuverschuldung“. Darin zitierte er Friedrich Merz mit seiner Forderung auf der Tagung der Stiftung Marktwirtschaft, die Möglichkeiten des Bundes für eine weitere Verschuldung drastisch einzuschränken (1. Oktober 2004).

Frankfurter Allgemeine

Prof. Dr. Clemens Fuest im Kronberger Kreis

Dr. Karen Horn berichtete, Clemens Fuest stoße als neues Mitglied „zu der renommierten Gruppe ordnungspolitisch argumentierender Ökonomen“. Der Kreis habe „die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland maßgeblich geprägt.“ Ihr Urteil zu Fuest: „Der 36 Jahre alte, stets verbindlich auftretende Fuest zählt zu den besten Finanzwissenschaftlern Deutschlands; er schließt eine Lücke im fachlichen Spektrum des Kronberger Kreises“ (7. September 2004).



Das Monopol lebt

Zur Reform der gesetzlichen Unfallversicherung wurde Guido Raddatz zitiert: „Wie bei jedem Monopol wird auch bei diesem nicht effizient gewirtschaftet“ (23. August 2004).

Seitenblick

Mitteldeutsche Zeitung**Wo bleibt der große Wurf?**

Ute Albersmann schrieb über die Tagung der Stiftungsallianz in Magdeburg und zitierte Otto Graf Lambsdorff: „Wo es schlecht mit der Handlungsfähigkeit des Bundesstaates bestellt ist, da bröckelt auch die Zustimmung zur Demokratie“ (24. September 2004).

Handelsblatt**Gegen neue Ländergrenzen**

Maximilian Steinbeis berichtete, der Ruf des Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Papier nach Neugliederung der Bundesländer stoße auf Widerspruch. Er zitierte Gerhard Schick mit dem Urteil, kleinere Bundesländer hätten potentielle Vorteile im Wettbewerb mit anderen Regionen: Auch in der EU zeige der Erfolg von Irland und Luxemburg, daß wirtschaftliche Entwicklung nicht von der Größe eines Landes abhängt (11. August 2004).

Frankfurter Allgemeine**Hartz IV mit ordnungspolitischem Kompaß**

Prof. Dr. Johann Eekhoff, Sprecher des Kronberger Kreises, plädierte in einem Gastbeitrag in der Rubrik „Die Ordnung der Wirtschaft“ dafür, bei der Umsetzung der sogenannten Ein-Euro-Jobs den ordnungspolitischen Kompaß nicht aus den Augen zu verlieren. Nach seiner Überzeugung werden die gemeinnützig Beschäftigten keine anderen Arbeitsplätze verdrängen, denn es komme insgesamt zu einer Kostenentlastung (4. September 2004).

Neue Zürcher Zeitung**Reform des Föderalismus**

Peter Rásonyi berichtete über die Arbeit der Föderalismuskommission, die von der „Stiftungsallianz bürgerlicher Bundesstaat“ mit großem Engagement begleitet werde. In diesem Text wies er auch auf die Studie von Prof. Feld zur Reform der deutschen Finanzverfassung hin (30. Oktober 2004).

Föderalismus-Kommission: nur eine Fehlkonstruktion?

Auf der Veranstaltung der Stiftungsallianz „Verantwortung ernst nehmen – föderale Finanzverfassung, Bildung und Forschung“ am 23. September im sachsen-anhaltinischen Landtag in Magdeburg wurde deutlich, daß die Föderalismusreform nur dann wesentliche Verbesserungen bringen kann, wenn auch die Finanzverfassung reformiert wird. Graf Lambsdorff, Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, warnte davor, nur auf die Menge der zustimmungspflichtigen Gesetze zu achten. Es gehe um „den harten Kern von relativ wenigen blockadeträchtigen Gesetzen“, diese seien besonders im Bereich Steuern auszumachen.

Dr. Hans D. Barbier, Vorstand der Ludwig-Erhard-Stiftung, und Graf Lambsdorff waren skeptisch, wie erfolgreich die Bundesstaatskommission sein wer-



Kritisierte Arbeit der Föderalismuskommission: Dr. Otto Graf Lambsdorff, Redner bei der Tagung der Stiftungsallianz in Magdeburg.

de, und richteten ihren Blick schon auf die nächste Reform nach der Bundestagswahl: Dann solle, weil die Neuordnung von Kompetenzen „selbstverständlich auch eine Machtfrage ist“, so Lambsdorff, diese Aufgabe unabhängigen Experten übertragen werden. Die jetzige Zusammensetzung sei eine „Fehlkonstruktion“: Man könne nicht erwarten, daß sich Landesregierungen in der Kommission für das Zurückdrängen des Exekutivföderalismus „zerreißen“.

Dieser kritischen Einschätzung widersprach Kommissionsmitglied Volker Kröning, MdB, massiv: Durch die Zusammensetzung werde sichergestellt, daß die Kommissionsergebnisse auch umgesetzt würden. Und die sich abzeichnende Reform werde weit über das hinausgehen, was bei der Föderalismusreform von 1994 erreicht worden sei: „Sie werden sich noch wundern!“

**Stiftungsallianz
„Bürgerlicher Bundesstaat“**

Konrad-Adenauer-Stiftung
Bertelsmann Stiftung
Heinrich-Böll-Stiftung
Friedrich-Ebert-Stiftung
Ludwig-Erhard-Stiftung
Friedrich-Naumann-Stiftung
Hanns-Seidel-Stiftung
Stiftung Marktwirtschaft
www.buergerlicher-bundesstaat.de

Analyse: Zwei Jahre Hartz

Gut 2 Jahre, nachdem die Hartz-Kommission ihre Vorschläge zur Reform der Arbeitsvermittlung präsentiert hat, bewertete die Stiftung Marktwirtschaft die bisher umgesetzten Reformen. Das Ergebnis: Die neugeschaffenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie Ich-AG (Existenzgründungszuschüsse), Personal-Service-Agenturen oder Mini-Jobs konnten keine dauerhafte Verringerung der Arbeitslosenzahlen bewirken (Hartz I und II). Auch das Ziel, Vermittlungseffizienz und Kundenorientierung der Bundesagentur für Arbeit zu erhö-

hen, ist bisher noch nicht in einem Maße erreicht worden, das positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt zur Folge hätte. Um so wichtiger ist es, daß die Umsetzung vor Ort von Hartz IV sein Potential zur Aktivierung der Betroffenen und zur Steigerung der Beschäftigung ausschöpft. Insbesondere müssen vorhandene Sanktionsmöglichkeiten so eingesetzt werden, daß es zu einer Senkung der Anspruchslöhne kommt. Nur dann werden Unternehmen ihre Arbeitsnachfrage auf Arbeitssuchende mit geringerer Produktivität ausweiten.

Publikationen zur Föderalismusreform

Bis Jahresende soll die Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung Vorschläge für eine Föderalismusreform vorlegen. Die Stiftung Marktwirtschaft hat sich zunächst mit eigenen Beiträgen an der Reformdiskussion beteiligt (Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 82 und 83).

Anschließend veröffentlichte sie gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung drei weitere Studien in der Gemeinschaftsreihe „Forum Föderalismus 2004“: Die erste Publikation enthält ein Gutachten von Prof. Dr. Roland Sturm von der Universität Erlangen-Nürnberg mit dem Titel „Bürgergesellschaft und Bundesstaat: Demokratietheoretische Begründung des Föderalismus und der Föderalismuskultur“. Prof. Dr. Lars P. Feld argumentiert in der Publikation „Fiskalischer Föderalismus in der Schweiz: Vorbild für die Reform der deutschen Finanzverfassung?“, daß der Steuerwettbewerb Wohlstandsunterschiede zwischen den Schweizer Kantonen ausgleicht. Er empfiehlt deshalb einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern als

Chance gerade auch für die neuen Bundesländer. Die dritte Publikation „Föderalismusreform in Deutschland: Ein Leitfaden zur aktuellen Diskussion und zur Arbeit der Bundesstaatskommission“ gibt einen Überblick über die aktuelle Diskussion. Autoren sind die Föderalismus-Experten der beteiligten Stiftungen.

Publikationen „Föderalismus“

Stiftung Marktwirtschaft:

Bundesstaatsreform I: Für eine bürgernahe, effiziente und transparente Politik, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 82.

Bundesstaatsreform II: Bessere Politik durch eine transparente und effiziente Finanzverfassung, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 83.

Forum Föderalismus 2004:

Roland Sturm: Bürgergesellschaft und Bundesstaat: Demokratietheoretische Begründung des Föderalismus und der Föderalismuskultur.

Lars P. Feld: Fiskalischer Föderalismus in der Schweiz: Vorbild für die Reform der deutschen Finanzverfassung?

Thomas Fischer u.a.: Föderalismusreform in Deutschland: Ein Leitfaden zur aktuellen Diskussion und zur Arbeit der Bundesstaatskommission.

Kein Grund zum Ausruhen – Halbzeitbilanz der Bundesregierung

Zwei Jahre nach der Bundestagswahl bewertete die Stiftung Marktwirtschaft erneut die Arbeit der Bundesregierung und – soweit sie am Zustandekommen oder Scheitern der einzelnen Gesetze beteiligt war – auch diejenige der Opposition, die im Bundesrat die Mehrheit stellt.

Deutschland ist in der Beschäftigungspolitik u.a. mit den Hartz-Gesetzen ein deutliches Stück vorangekommen, wenngleich manche Änderungen zu kurz greifen und damit eher psychologische Wirkung haben werden. Auch in der Rentenpolitik ist die Bundesregierung auf dem richtigen Weg, nachdem sie noch in der ersten Legislaturperiode Veränderungen in die falsche Richtung vornahm. In der Steuer- und Finanzpoli-

itik sind die Schwächen der derzeitigen Politik jedoch unübersehbar: Das Hin und Her in der Steuerpolitik verunsichert Bürger und Unternehmen, der weiter wachsende Schuldenberg droht unser Land zu erdrücken. Die Föderalismusreform steht noch aus. Zu hoffen ist, daß eine durchgreifende Reform gelingt, obwohl die Zusammensetzung der Bundesstaatskommission wenig Gutes erwarten läßt. Denn dort haben diejenigen eine starke Stellung, deren Veto-Macht auf Bundesebene teilweise eingeschränkt werden sollte, damit Deutschland wieder handlungsfähig wird: die Ministerpräsidenten der Länder.

Zweite rot-grüne Halbzeitbilanz: Kein Grund zum Ausruhen, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 88, Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR WIRTSCHAFT

Schlechtes Halbzeitzeugnis

Andreas Mihm berichtete über die Halbzeitbilanz der Stiftung Marktwirtschaft zur Arbeit der Bundesregierung in der zweiten Legislaturperiode. Wirtschaftspolitisch seien die meisten Weichen immer noch nicht gestellt, zitierte er die Stiftung. Allerdings sei mit Hartz IV ein psychologisch wichtiger Durchbruch gelungen (23. September 2004).

Ein-Euro-Jobs wirksam

FAZ-Redakteurin Claudia Bröll zitierte in einem Artikel über Ein-Euro-Jobs Guido Raddatz, Arbeitsmarktexperte der Stiftung Marktwirtschaft: „Transferempfänger müssen verpflichtet werden, eine Arbeit anzunehmen.“ Ein-Euro-Jobs seien grundsätzlich ein wirksames Instrument, um den Arbeitswillen zu testen. Allerdings dürften die Leistungsempfänger nichts hinzuverdienen (28. Oktober 2004).

DER STANDARD

Arbeitsmarktanalyse:

Hartz steigert Arbeitslosigkeit

Die Analyse der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Stiftung Marktwirtschaft zitierte die österreichische Tageszeitung „Der Standard“: Laut Stiftung Marktwirtschaft seien im August rund 1,3 Millionen Arbeitslose nicht in der offiziellen Arbeitslosenzahl berücksichtigt worden, weil sie mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert wurden (17. September 2004).

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

Zur Wirksamkeit

der Hartz-Reformen

Ann Kathrin Sost schrieb für die Leipziger Volkszeitung einen Artikel über die Wirksamkeit der „Ich-AG“. Darin wurde auch Dr. Guido Raddatz mit seiner kritischen Einschätzung zitiert: „In ein bis zwei Jahren werden wir überdurchschnittlich viele gescheiterte Existenzgründer haben“ (13. August 2004).

Seitenblick**Frankfurter Allgemeine**
ZEITUNG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG**Freiwillige Vereinbarungen besser als gesetzliche Regeln**

Nico Fickinger bezog sich auf die Studie des Kronberger Kreises zum Kündigungsschutz. Er plädiert für „eine schrittweise Ablösung der gesetzlichen Vorschriften durch freiwillige Regelungen“ (28. Juli 2004).

STUTTGARTER NACHRICHTEN**Irreführende Diskussion**

Dr. Michael Eilfort kritisierte in seinem Gastkommentar: „Das aktuelle Niveau des Kündigungsschutzes in Deutschland ist nur so viel wert wie eine Arbeitsplatzgarantie an Bord der Titanic.“ Und: „Vielleicht kann in Deutschland einmal vorurteilsfrei diskutiert werden, ohne wie bisher Arbeitsplatzinhaber gegen Arbeitslose auszuspielen“ (16. August 2004).

DIE WELT**Ein Beschäftigungshemmnis**

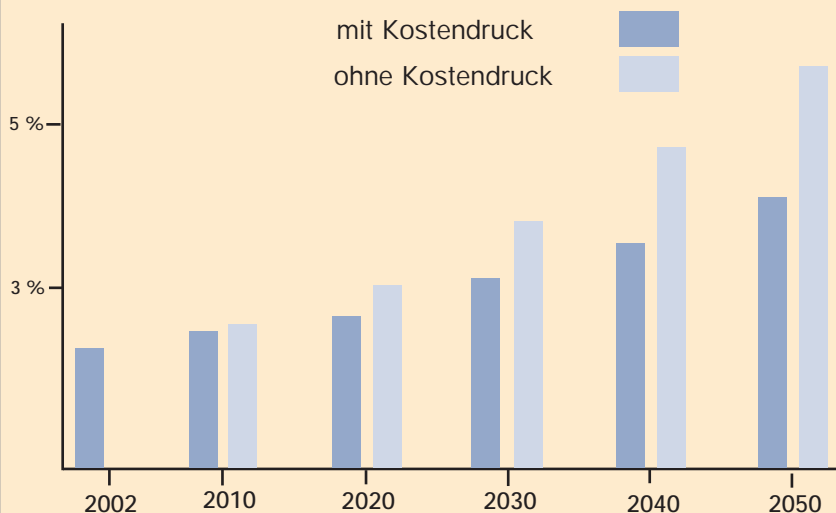
Im Interview mit Stefan von Borstel wies Prof. Wolfgang Franz, Kronberger Kreis, auf die Kündigungsschutzstudie hin: „Ich bin für Optionen auf betrieblicher Ebene, wie sie auch der Sachverständigenrat und der Kronberger Kreis der Stiftung Marktwirtschaft vorschlagen“ (2. August 2004).

Frankfurter Allgemeine
SONNTAGSZEITUNG**Problem Kündigungsschutz?**

Carsten Germis und Rainer Hank verwiesen zweimal auf die Studie des Kronberger Kreises zum Kündigungsschutz und zitierten: „Der gesetzliche Kündigungsschutz bremsst die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung“ (1. August 2004).

Neue Zürcher Zeitung**Kündigungsschutz als Danaergeschenk**

Christoph Eisenring urteilte, der rigide Kündigungsschutz in Deutschland mindere die Bereitschaft, Arbeitsplätze zu schaffen. Als Alternative schilderte er das Modell des Kronberger Kreises (26. August 2004).

Prognostizierte Beitragssatzentwicklung in der Sozialen Pflegeversicherung

Quelle: Häcker / Höfer / Raffelhüschen (2004), Wie kann die Gesetzliche Pflegeversicherung nachhaltig reformiert werden? Discussion Paper Nr. 119/04. Universität Freiburg.

Die Pflegeversicherung neu denken

Zum 1. Januar 2005 erhöht sich der Beitrag zur sozialen Pflegeversicherung für Kinderlose um 0,25 Prozentpunkte. Mit dieser Maßnahme setzen die Regierungsparteien ihrer Ansicht nach die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2001 um, Kindererziehungszeiten in der Pflegeversicherung zu berücksichtigen.

Weitergehende Reformmaßnahmen sind kurzfristig nicht geplant. Dabei wären sie dringend notwendig. Bereits bei Einführung der Pflegeversicherung Mitte der 90er Jahre hatten die maßgeblichen Experten davor gewarnt, die Finanzierung der Pflegeversicherung nach dem Umlagesystem anstatt dem Kapitaldeckungssystem auszugestalten. Angesichts der demographischen Entwicklung und dem engen statistischen Zusammenhang von Pflegeisiko und Lebensalter sind auf mittlere Frist dramatische Beitragssatzerhöhungen oder massive Leistungskürzungen unausweichlich. Die inzwischen jährlich auftretenden Defizite der Pflegeversicherung in dreistelliger Millionenhöhe sind nur erste Vorboten kommender Finanzierungskrisen. Da-

ran kann auch die gerade verabschiedete Beitragssatzdifferenzierung nichts entscheidend ändern.

Bisher verdrängt die Politik dieses Problem erfolgreich. Spätestens in einigen Jahren, wenn die derzeit noch bestehenden Finanzreserven aufgebraucht sein werden, wird sich der mangelnde Mut zu Reformen aber bitter rächen. Daher ist ein Systemwechsel in der Sozialen Pflegeversicherung unabdingbar. Mit der Frage, wie er aussehen sollte, beschäftigt sich derzeit der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, der Kronberger Kreis. Seine Studie zur Reform der Pflegeversicherung wird in Kürze erscheinen.

Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60
10117 Berlin
verantwortlich: Dr. Michael Eilfort
Redaktion: Dr. Katrin Schnettler
Tel.: (030) 206057-0
Fax: (030) 206057-57
www.stiftung-marktwirtschaft.de
info@stiftung-marktwirtschaft.de